

## **Antrag**

**des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN**

### **Kein zweiter Energiesektorkredit für Brasilien**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den bundesdeutschen Exekutivdirektor bei der Weltbank anzuweisen, gegen den geplanten zweiten Energiesektorkredit für Brasilien zu stimmen.

Bonn, den 7. September 1988

**Volmer**

**Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion**

#### **Begründung**

Unmittelbar nach der IWF-Weltbank-Jahresversammlung in Berlin wird die Weltbank über die Vergabe eines weiteren Energiesektorkredites an Brasilien in Höhe von 500 Mio. US-Dollar entscheiden. Außer diesem Weltbankdarlehen sind mit 900 Mio. US-Dollar weitere Kredite für den Bau von Überlandleitungen, für Reparaturmaßnahmen etc. an die brasilianische Elektrizitätswirtschaft vorgesehen.

Mit dem Energiesektorkredit der Weltbank wird das brasilianische Energieprogramm (Plano 2010) finanziell unterstützt, das den Bau von 136 Staudämmen vorsieht. Mindestens zwölf – so Schätzungen der Weltbank – betreffen direkt Indianergebiet. Durch die geplanten Stauseen werden 26 000 Quadratkilometer tropischen Regenwaldes überflutet und mehr als eine halbe Million Menschen aus ihren Lebensräumen vertrieben werden. Die negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen der geplanten Wasserkraftwerke gehen weit über die überfluteten Areale hinaus. Denn der Bau von Straßen und Überlandleitungen löst große Einwanderungswellen von armen und landlosen, brandrodenden Familien im entlegenen Regenwaldgebiet aus, was langfristig ebenfalls zur Zerstörung des Regenwaldes und der Kultur der Indianervölker beiträgt.

Im Rahmen der Kreditvereinbarungen des ersten Energiesektorkredites für Brasilien (1986) in Höhe von 500 Mio. US-Dollar

wurde festgelegt, daß vor der Auszahlung eines zweiten Energiesektorkredites ein Environmental Master Plan (Umweltgeneralplan) ausgearbeitet werden muß. Bisher liegt lediglich der erste von drei geplanten Teilen des Planes vor.

Dieser erste der Öffentlichkeit zugängliche Teil des Environmental Master Planes stellt fest, daß wichtige Umwelteinwirkungen bei den Planungen für den Energiesektorkredit ignoriert wurden und dadurch irreversible Schäden am Ökosystem und grundlegende Veränderungen für die sozialen Gemeinschaften entstanden sind. Trotz dieser Erkenntnisse enthält der Master Plan keinerlei Hinweise, wie mit institutionellen, rechtlichen, politischen oder planerischen Maßnahmen den sozialen und ökologischen Problemen begegnet werden kann, die durch die geplanten Projekte des zweiten Energiesektorkredites zu erwarten sind. Der Environmental Master Plan verfehlt somit seine eigentliche Aufgabe, detaillierte und konkrete Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung und die Umwelt vorzulegen. Sämtliche von der Weltbank in den Kreditvereinbarungen für den ersten Energiesektorkredit festgelegten Bedingungen für die Auszahlung eines zweiten Sektorkredites sind nicht erfüllt.

Außerdem wurden Erfahrungen mit der Umsetzung solcher Schutzmaßnahmen aus früheren Kreditvereinbarungen im Master Plan nicht evaluiert. Gerade hier sind jedoch institutionelle und politische Konsequenzen zu fordern. Denn die staatliche Indianerbehörde Brasiliens (FUNAI) hat sich in der Vergangenheit als unfähig erwiesen, die Interessen der Indianerbevolkerung zu vertreten und gesetzliche Schutzvorschriften durchzusetzen. Sie steht vielmehr im Verdacht, die Einrichtung vorgesehener Schutzgebiete zu verzögern, und seit 1987 läuft gegen FUNAI ein Ermittlungsverfahren des brasilianischen Generalstaatsanwaltes u. a. wegen des Verdachtes korrupter Geschäfte mit Tropenholz aus Indianergebieten.

Der vorliegende Teil des Environmental Master Planes ist ohne Beteiligung und Anhörung der von den Projekten betroffenen Bevölkerung und den brasilianischen Indianer- und Umweltorganisationen ausgearbeitet worden. Auch damit verstößt die Weltbank gegen Richtlinien, die sie selbst als Voraussetzung ihrer künftigen Projekt- und Sektorpolitik formuliert hat.

Selbst bei konsequenter Durchführung einiger Sozial- und Umweltauflagen bedeutet auch der zweite Sektorkredit die fortgesetzte Industrialisierung über den Weg der Auslandsverschuldung. Mit diesem Energiesektorkredit verbunden sind die Zerstörung der tropischen Regenwälder Brasiliens, nicht kalkulierbare Umweltrisiken durch angesiedelte Industrien (Aluminium- und Eisenerzhütten) und nicht zuletzt die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung und damit in vielen Fällen die Ausrottung von Indianervölkern.